

# Graphische Stimmen

Organ für Vertretung der Interessen aller in graph. Kunstankalten, Buchbindereien, (und verwandten Berufen) der Papier-, Tapeten- und Farbenbranche beschäftigten gelernten Arbeiter, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint alle 14 Tage. Abonnementspreis 75 Pfg. vierteljährlich.  
Für die Mitglieder durch die Zahlstellen gratis.

Redaktion u. Verlag: Köln, Palmstraße 14.  
Redaktionschluss: Montag-Abend.

Anzeigenpreis: die 4gesp. Zeitspalt 20 Pfg.  
Für Mitglieder und in Verbandsangelegenheiten 10 Pfg.  
Für Postbezug: Postamt Köln.

## An die christlich-nationale Arbeiterschaft Deutschlands.

Zu den vornehmsten Aufgaben, welche wir uns in unseren Organisationen gestellt haben, gehört die Sicherung und Erweiterung des Koalitionsrechtes; Ausbau des korporativen Arbeitsvertrages. Mit Genugtuung konnten wir in den letzten Jahren feststellen, wie der Tarifgedanke immer weitere Fortschritte machte und auf dem Boden der Gleichberechtigung die Verhältnisse zwischen Arbeiter und Arbeitgeber sich friedlicher gestalteten. Nur die Großindustrie hat sich bisher hartnäckig dem Tarifgedanken verschlossen und beharrt auf ihrem rücksichtslosen Herrenstandpunkt. Aus diesen Reihen droht der gesamten deutschen Arbeiterschaft eine neue, bisher nur dunkel geahnte Gefahr: Es ist die Entwicklung der

### einseitigen Arbeitsnachweise der Arbeitgeber.

Langsam, aber zielbewußt haben die Arbeitgeberverbände durch ganz Deutschland ein Netz von Arbeitsnachweisen errichtet, mit deren Hilfe sie trachten, die Arbeiter in ihre Hörigkeit zu bringen, alle freie Lebensäußerung der organisierten Arbeiter zu unterbinden, mißliebige Arbeiter dauernd aus der Industrie zu verbannen und die Freizügigkeit der Arbeiter illusorisch zu machen. Das Endziel dieser Bestrebungen ist die Monopolisierung des Arbeitsmarktes und damit der Arbeitsgelegenheit. Das bedeutet letzten Endes die bedingungslose Herrschaft der Unternehmer über die Arbeiter.

Als neuestes Glied in der Kette dieser Bestrebungen ist die Errichtung der Arbeitsnachweise des Zechenverbandes im Ruhrgebiet anzusehen. Eine mächtige Erregung geht bereits durch die Reihen der Bergarbeiter. Sie fühlen, daß mit dieser Einrichtung die von ihnen seit alters her so eifersüchtig bewachte Freizügigkeit in Gefahr steht und sind bereit, den aufgezwungenen Kampf aufzunehmen. Die Bergarbeiterverbände haben sich an die gesetzgebenden Körperschaften gewandt und der Reichstag wird sich mit der Frage des Arbeitsnachweises beschäftigen. Diese parlamentarische Aktion muß im ganzen Lande unterstützt werden durch

### Protestversammlungen gegen diese neuesten Versuche der Arbeiternebelung.

Oben wird durch den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften eine Broschüre veröffentlicht, welche Praktiken der Arbeitsnachweise der Industriellen von Mannheim und Ludwigshafen, die nach dem sogen. „Hamburger System“ errichtet sind, an der Hand von Originalmaterialien beleuchtet. Dieser Arbeitsnachweis ist eine Arbeiterentrechtungs- und Arbeiternebelungsanstalt im schlimmsten Sinne des Wortes, er ist eine geheime Fehle, die mit brutaler Rücksichtslosigkeit die den Unternehmern mißliebigen Arbeiter mit Arbeitslosigkeit und Hunger verfolgt.

Christlich-nationale Arbeiter! Auf dem Berliner Kongreß sprach der Vertreter der deutschen Regierung, unser jetziger Reichskanzler, das erhabende Wort:

„Ich wüßte keine größere Aufgabe der Gegenwart als diejenige, die mächtige Arbeiterbewegung unserer Tage einzuordnen in die bestehende Gesellschaft. Wenn Sie sich dieser Aufgabe hingeben, dann sorgen Sie nicht nur für Ihr wirtschaftliches Gedeihen, für Ihre steigende Teilnahme an Errungenschaften der Kultur, am politischen Leben, sondern dann leisten Sie dem Vaterlande, dessen Kinder wir doch alle sind, den größten Dienst.“

Wir haben uns damals freudig auf diesen Boden gestellt. Und was erleben wir jetzt? Die mächtigste Gruppe der großindustriellen Kapitalisten sucht durch ihre Arbeitsnachweise den freien deutschen Arbeiter herabzubrüden auf die willenlose Hörigkeit. Die schlimmsten Wirkungen des zur Zeit abgelehnten Buchthausgesetzes hätten nicht im entferntesten herangereicht an die verheerende, die Freiheit der Arbeit und der Existenz vernichtenden Wirkungen der zentralisierten Arbeitsgebernachweise.

Sollen wir uns das widerspruchslos gefallen lassen? Nie und nimmer! Auf zum Protest auf der ganzen Linie! Ruft durch Massenschließungen den Schutz der Regierung und der Parlamente gegen diese Ungeheuerlichkeit an!

Hoch die Freiheit der Arbeit!

Nieder mit der Volk und Vaterland verderbenden kapitalistischen Willkür!

## Der Vorstand des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften.

### „Aus der Geheimpraxis eines Unternehmer-Arbeitsnachweises.“

Es gibt Schlagworte, die die Stimmung des Tages gebiert. Sie sind kaum mehr, als Schall und Rauch und verfliegen wie diese, wenn die leicht wandelbare Tagesstimmung wieder anderen Richtungen zutreibt. Es gibt aber auch solche, die, wie Wägel, von einem erschreckend ersten Hintergrunde aufsteigen und jedesmal mit großem Schein eine Situation beleuchten, die zum Explodieren reif ist. — Wir kennen ein solches Wort: „Wer die Arbeitsvermittlung beherrscht, herrscht über die Arbeitsbedingungen.“ In unzähligen Unternehmer- und Arbeitgeberversammlungen haben es die freizügigen Führer des Zentralverbandes deutscher Industrieller ertönen lassen und jedesmal leuchtete ein bedrohlicher Hintergrund auf: Kampf gegen die Arbeiterorganisationen, die, vernehmen genug, die Arbeitsbedingungen mit beeinflussen wollen! Und dieses Schlagwort ist nicht mit der Stimmung eines Tages wieder verhallt. Es hat gezündet! Und die Wirkung sehen wir vor uns in der stets steigenden Zahl von Verbänden einseitiger Zwangs-Arbeitsgebernachweise, die uns wieder einmal, in dem bekannt gewordenen Plane des Zechenverbandes, an den Vorabend von Ereignissen von kaum absehbarer Tragweite auf dem Gebiete des sozialen Lebens drängen — wenn nicht rechtzeitig von maßgebender Seite eingegriffen wird. In letzterem

Sinne haben schon die vier Bergarbeiterorganisationen in seltener Einmütigkeit eindringlich warnend die Stimme erhoben. In ihrem Warnungsruuf klingt die bange Leberzeugung durch von der ungeheuren Gefahr, die dem friedensfördernden Werk der Organisation droht, aber auch ihren Bestrebungen, den Arbeitern mit unermesslichen Opfern die Gleichberechtigung zu erringen. Doch mit einer Handbewegung tut der Zechenverband alle Bedenken ab und will uns zum Glauben an die Ungefährlichkeit seines Experimentes zwingen. Die Arbeiter — und mit ihnen die einsichtigen Sozialpolitiker — fühlen es gemissermaßen instintiv, daß bei den einseitigen Arbeitsgebernachweisen die eigentliche Arbeitsvermittlung Neben- sache, Hauptsache dagegen die einseitige Kontrolle der Arbeiter und die Heranziehung eines gefügigen und jeden Selbstbewußtseins baren Arbeiterelementes ist. In dem Nachweis nach dem sog. Hamburger System aber ist diese Tendenz auf die Spitze getrieben.

Doch es schlen fast, als ob die gemeinsamen Proteste wirkungslos verhallen würden. Es hastete ihnen ein empfindlicher Mangel an. Bei der verhältnismäßig noch geringeren Verbreitung der Nachweise nach dem Hamburger System fehlte es bisher an Beweismaterial, um die Bedenken gegen dasselbe durch Hinweis auf die verdrückliche Wirkung dieses Systems in der Praxis hinreichend zu stützen. So konnte es tatsächlich, wie die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ (Nr. 46/09.) höhnt, „den Herren Sozialreformern angefaßt der kraftvoll einsetzenden Be-

wegung zugunsten der Einführung von Arbeitsnachweisen nach dem Hamburger System (Schwül und Herz) werden.“

Da erscheint gerade zu rechter Zeit ein Schriftchen, das dem so bitter empfundenen Mangel wirksam abhilft: „Aus der Geheimpraxis eines Unternehmer-Arbeitsnachweises.“ Ein Beitrag zur Arbeitsnachweisfrage. (Christl. Gewerkschafts-Verlag, Köln, Palmstraße 14, Preis 50 Pfg. für Mitglieder der christlichen Gewerkschaften 20 Pfg.)

Das hier veröffentlichte Material aus den Akten eines bestehenden Arbeitsnachweises nach dem Hamburger System (Mannheim-Ludwigshafen) wirkt geradezu niedererschütternd. Wir sehen, wie sich in diesen Institutionen alle Einzelmaßnahmen vereinigen, welche die Arbeitgeber bisher in raffiniertester Weise gegen jene Arbeiter erlassen haben, die sich aus irgend einem Grunde bei den Arbeitgebern „mißliebige“ gemacht haben. Und in zwei Dritteln der Fälle erstrebt, in dem besprochenen Nachweisgebiete, die „Mißliebigkeit“ aus der Wirksamkeit für die Arbeiterorganisation! Hier arbeiten Personalakten, schwarze Listen, geheime Wartierung von Anzeigenscheinen u. zusammen, um jedes unliebsame Element auszuschleichen. Vom Tage seines Vorwurfs ins Nachweisbureau an gehört der Arbeiter sich selbst nicht mehr an. Wie ein feilenloser Gegenstand schiebt ihn der Nachweis hin und her, bis sich die „Akten“ endgültig über ihn schließen und er entweder den flüchtigen Elementen beigegeben oder aber als Opfer des Nachweises hin- und hergetrieben, zu Tode gepeigt wird, bis er den Staub von den Füßen

Schlicht, oder in Verzweiflung untergeht. Wen der Nachweis oder ein seiner Mitglieder schiet, der ist in dem bet. Inbegriff der rettungslos verloren. Und nicht nur er: auch seine Angehörigen, denn auch diese umfassen alsbald die Strahlen des Ungehens: Arbeitsnachweis.

Das geradezu Empörende dabei ist dies: Dem Arbeiter, der sich den Unmut des Nachweises aus einem seiner Mitglieder aus irgend welchem Grunde — von dem er selbst die meiste Zeit keine Ahnung hat! — zugezogen, ist jede Möglichkeit der Verteidigung oder Rechtfertigung einfach entzogen. Einseitig urteilt und richtet der Nachweis über ihn. Mit unsagbarer Wosheit wird er sogar selbst dazu gezwungen — ohne daß er es weiß, natürlich! — das Urteil, das sein Schicksal auf dem Arbeitsmarkte besiegelt, persönlich dem Nachweisbureau einzuliefern. Ein Strich, ein harmlos erscheinender Stempel, auf dem bezeichnen (für ihn Sein oder Nichtsein. Und der Verurteilte erfährt nie etwas von den Gründen. Die Nachweisbeamten dürfen alles eher, als ihm die Wahrheit sagen!

So erscheint der Nachweis als eine wahre Brutstätte für Hinterlist, Lüge und Entstellung. Das trifft namentlich auch zu, insofern als die Verheimlichung der Folgen der einseitigen Vermittlung in Frage kommt. Vor willkürlicher Färbung und Entstellung, ja Fälschung von Statistiken schreit man nicht zurück, um nicht die ungeheure Schädigung des Arbeitsmarktes durch die Tätigkeit des Nachweises selbst dokumentieren zu müssen.

Diese Schädigung ist begrifflichermaßen eine ganz enorme. Ihren besonders augenfälligen Ausdruck findet sie in der bewußten Verhinderung einer Arbeitslosigkeit in Vermeidung, die gegenüber der durch Wirtschaftskrisen herbeigeführten noch den unermesslichen Nachteil hat, daß sie ihre Opfer, die sich machtlos dem Verhängnis überantwortet haben, den radikalsten Bestrebungen förmlich in die Arme treiben muß.

Wir müssen uns hier mit Andeutungen des in der Schrift gebotenen Materials begnügen und im übrigen auf diese selbst verweisen. Die einseitige, zwangsmäßige Einrichtung des Hamburger Systems muß unbedingt zu Mißbräuchen der getrenntesten Art führen, sie kann es aber und wird es in der Mehrzahl der Fälle auch tun. Und darum rechtfertigt es sich durchaus, die Mannheimer Vorgänge als das Produkt einer Entwicklung zu betrachten, die eben jetzt im vollen Fluß befindlich ist. Die Vorstände des Verbandes bayerischer Metallindustrieller und des Bundesverbandes sind nur besonders hervorzuheben Mitglieder einer Kette, die, von den Vertretern der schärferen Richtung in den Arbeitgeberverbänden geschmiebelt, sich langsam um eine ganze Arbeiterschaft schlingen soll — wenn dem Verstande nicht augenblicklich Einhalt geboten wird. Keinen Augenblick zu sehr ist es dazu! Der Zweck der engeren Koalition der Arbeitgeber steht vor der Verwirklichung. Mit besonderem Nachdruck werden alle einschlägigen Vorgänge im Lichte der vor kurzem beschlossenen, krasser Zentralisation in den Bestrebungen der Arbeitgebervereinigungen beleuchtet, wie es auffallenderweise bisher in den Presseberichterungen noch kaum geschehen ist. Von diesem Hintergrund, der kein Produkt des wässren Sprechens, sondern einer eingehenden Betrachtung der bestehenden Verhältnisse ist, haben sich die Bestrebungen der Arbeitgeber erst in rechter Beleuchtung ab und lassen sie ein fortwährendes Eingreifen der maßgebenden Faktoren als im Interesse des ganzen gemeinlichen und sozialen Lebens unbedingt geboten erscheinen.

So kommt die Schrift zu dem Schlusse der unumgänglichen Notwendigkeit einer reichsgesetzlichen Regelung der Arbeitsvermittlung. Daran hat, wieargetan wird, auch die Allgemeinheit ein sehr großes Interesse und auch sie wird daher zur Mitwirkung aufgefordert, namentlich auch ein Bild auf die enge Verbindung von Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenfürsorge zu werfen. Der Weg einer solchen Regelung ist längst durch die Verhältnisse offengelegt und weiß unverkennbar auf die paritätische Regelung dieser Frage hin. Und die Paritätische Kommission die Gangbarkeit dieses Weges und die vorzuziehenden, dem Frieden dienende Ergebnisse, die zu erschaffen sind, wenn die Regierung in diesem Sinne eingreift. Ob bereits vorerst nur des zureichendstehenden Ausbaus bereits bestehender Einrichtungen.

Wäge das Schriftchen, das nicht einen Kampfsruf, sondern einen Mahnruf erschallen lassen will, dazu beitragen, daß eine solche Lösung gefunden wird, noch ehe es vielleicht zu spät ist!

### Einsieferkünde.

Mit diesem klassischen (?) Wort überschreibt die Buchhinderung vom 2. Oktober einen langen, in der Hauptsache gegen die christlichen Arbeiter gerichteten Leitartikel. Die Reichsfinanzreform ist natürlich nach der Ansicht der Buchhinderung des hiesigen Tod der christlichen Gewerkschaften, denn dafür, daß die christlichen Arbeiter-Abgeordneten für die neuen Steuern gestimmt haben, sollen die „Christlichen“ jetzt schon büßen müssen, so daß ganze Botschaften aus dem Gesamtverbande der „Christlichen“ anschießen.

Es möge doch uns christlichen Arbeitern gestattet sein, daß wir den Vätern im roten Lager erklären, warum wir wegen dieser Stellungnahme unserer Vertreter im Reichstag nicht nur nicht unsere Fahnen verlieren, sondern erst recht mit Eruue zu unseren erprobten Führern stehen!

Die Grundzüge, die uns von der sozialdemokratischen Arbeiterschaft trennen, sind sowohl im Bereiche unserer religiösen, als auch wirtschaftlichen Verurteilung aller Dinge gelegen. Für uns kommen also nur die Richtlinien einer christlichen Weltanschauung in Betracht. Auf Grund dieser Weltanschauung betrachten wir den Staat als eine von Gott gewollte Institution, die die Pflicht hat, die Rechte ihrer Mitglieder nach Möglichkeit zu schützen. Der Staat muß seinen Bürgern jene

Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung ermöglichen, die sie zur Bekämpfung ihres Lebensunterhaltes notwendig bedürfen. Insbesondere verlangt die christliche Auffassung vom Staate, daß er in erster Linie denjenigen seiner Mitglieder ein Beschäftiger sei, die infolge ihrer eigenen wirtschaftlichen Schwäche dieses Schutzes in besonderem Maße bedürfen. Aber, so wird man von sozialdemokratischer Seite einwenden, wenn die Vertreter der „christlichen“ Arbeiter für eine Mehrbelastung der so wie so schon stark genug, nein, viel zu stark belasteten Arbeiterklasse eintreten, entspricht das diesen christlichen Grundzügen?

Darauf ist zu entgegnen: Wenn die christlichen Arbeitervertreter dadurch, daß sie 310 Millionen Verbrauchssteuern genehmigten, überdachten, daß 400 Millionen genehmigt würden, so muß ihnen die gesamte Arbeiterschaft dafür danken. 2. Wenn dieselben Arbeitervertreter durch ihre Stellungnahme verhinderten, daß die Grundzüge der christlichen Weltanschauung aus dem Parlamente verdrängt wurden, dann sind sie deswegen des ganz besonderen Dankes der gesamten christlichen Arbeiterschaft gewiß.

Ob das erstere Tatsache ist, mögen die Kollegen vom Bruderverband an den feststehenden Zahlen der von den verschiedenen Parteien des Reichstages gemachten Vorträgen erleben. Wer sich natürlich in den Kampf gegen die christlichen einmischt, ohne zu wissen, was sie getan haben, der ist zu bedauern wegen seiner politischen Unmündigkeit.

Ich habe mich auf die von den verschiedenen Parteien des Reichstages gemachten Vorschläge zur Finanzreform berufen und behauptet, daß von anderer Seite mehr indirekte Steuern gefordert wurden, als die christl. Arbeitervertreter mit genehmigten. Da meine ich schon zu hören: Die Sozialdemokratie war's aber gewiß nicht, sondern diese Partei fordert für die Arbeiter möglichst Steuerfreiheit, insbesondere Abschaffung der indirekten Steuern. Was, sehr gut. — Da wären die christlichen Arbeiter auch damit einverstanden, wenn — ja wenn es ohne indirekten Steuern ginge. Aber — und das ist der Haken — es geht nicht! Oder gibt nicht auch der rote Parteiphilosoph Kautsky dies zu? Schreiber dieses hörte in einer Münchener Versammlung, in der die Reichsfinanzreform besprochen wurde, von einem Reichsboten sagen: „Ohne indirekte Steuern ginge der deutsche Staat seinem Vankrott entgegen.“ „Nacht nichts!“ riefen natürlich die Anhänger des Zukunftsstaates.

Der nämlich Staat soll also bankrott gehen, von dem die Sozialisten auf der anderen Seite Millionen und aber Millionen fordern, zu deren Aufbringung sie aber keinen Pfennig beitragen wollen. Ich bin, wie alle christlichen Arbeiter, genötigt der Ansicht, daß die starken Schultern mehr herangezogen werden müssen und daß die sozialpolitische Begegnung noch lange nicht zu jener idealen Höhe emporgeschwungen ist, die wir fordern, aber deswegen den Staat überhaupt zu verwerfen — fällt uns garnicht ein. Etz genug haben unsere feindlichen Wächter schon wahrgenommen können, daß uns unsere Grundanschauung verschiedene Stellungnahme zu Staat und Gesellschaft dazu zwingt, ihren Wegern fern zu bleiben. Und dennoch stellen sie es immer wieder so dar, als ob wir aus reinem Unverständnis und Hintersinnigkeit von ihren Reihen und fern hielten.

Warum denn eine solche, absichtliche Unehrlichkeit? Warum?

Wir kennen die Absichten. Man bezeichnet die „Christlichen“ als die Idioten und Dummköpfe, weil sie die tolen Ideen sozialistischer Schwärmer nicht so hoch einschätzen, wie praktische Reformen in der Gegenwart. Man freut sich, wenn man beweisen kann, daß das arme Proletariat auf die Zukunft vertraut; auf jene zukünftige Revolution, die allen Rettung bringen wird. (?) Wenn die Arbeiterschaft von der gegenwärtigen bürgerlichen Gesellschaft auch auf die Zukunft verzichtet würde, statt ihr das Wohlige jetzt schon zu geben, dann tänte sie gerade verhungert sein, bis ihre Erlösung durch das langersehnte Regiment der Genossen vollzogen würde.

Blödsinn! wird der größte Kollege vom Bruderverband sagen, die Sozialdemokratie will schon heute dem Arbeiter Gerechtigkeit und ein menschenwürdiges Leben verschaffen. Ja, aber wir wollen ja doch auch nichts anderes, als daß dem Arbeiter sein Recht werde, daß seine Lebensbedingungen so gestaltet werden, daß er sich auch als freier Mensch erheben könne an Gottes herrlicher Natur. Wir wissen auch, daß das in hunderttausenden von Fällen noch nicht der Fall ist und darum haben wir uns vereinigt, um den Organen des Staates und der ganzen Gesellschaft das Genossen zu schärfen und sie an ihre sozialen Pflichten zu erinnern. Oder tun wir das nicht? Der letztere behaupten wollte, mühte ein infamer Klügner sein; ein Arbeiter, und wäre er noch so weit von seinen christlich denkenden Kollegen getrennt, kann meinesachtens nie und nimmer eine solch ungeheuerliche Verleumdung auf sein Gewissen nehmen.

Warum mochte man sie denn trotz vieler gleicher Interessen getrennt? Wie oft ist diese Frage schon beantwortet worden und immer wieder kann man sie von der gegnerischen Seite hören. Immer wieder geben wir die gleiche Antwort: Weil wir nie und nimmer die christlichen Grundpfeiler unserer Uebergang verlassen wollen — nie, — und wenn uns die Gegner tausendmal deswegen verdammten.

Der Schritt der christlichen Vertreter im Parlamente, „den Arbeitern neue Lasten aufzuhängen“, ist, so lese ich in einem sozialdemokratischen Blatt, die „schwerste Last, die die Arbeiter an ihren Standesgenossen begeben könnten.“ Die armen Leser müssen wirklich glauben, die christlichen Arbeiter sind nicht mehr ganz bei Trost, so über sich diese Anschauung an. Und die Wirklichkeit: die Wiesberis, Schiffer, Wehrens, Wiesberg, Becker, Schirmer haben nach besten Kräften zur Wilderung der von anderer Seite geforderten Mehrbelastung der Arbeiterbevölkerung beigetragen, indem sie statt 400 Millionen nur 310 Millionen indirekter Steuern genehmigten. Man könnte an diese Tatsache des vielerlei politische Erörterungen knüpfen, aber unsere parteipolitische Neutralität verbietet das. —

Dazu ist uns an anderer Stelle Gelegenheit geboten, b. h. wenn man nicht von den an „Freiheit“ gewöhnten Gegnern niedergedrückt würde, wie ich aus eigener Erfahrung bezugen kann.

Und unter welchen Umständen ist die Reichsfinanzreform zum Abschluß gekommen? Für jeden, der die Verhältnisse sehen wollte, war es eine feststehende Tatsache, daß es sich nicht mehr um irgend eine Art der Verteuerung handelte, sondern, — und das war auch für unsere christlichen Vertreter ausschlaggebend, — um den Sieg zwischen zwei Weltanschauungen, die in denbarm schärfstem Gegenfatz zu einander stehen: christlich und antichristlich. Wie christliche Gewerkschaftler haben doch noch das Recht, dies auszusprechen.

Die christlichen Arbeiter haben also keinen Grund, die Fahnen der christlichen Arbeiterbewegung zu verlassen, wie es von dem gekehrten Bruderorgan gewünscht würde — sondern wir werden auch in Stunden harten Kampfes hinter unseren Führern stehen trotz Verleumdung und Verhegung von Seiten derer, die uns nicht einmal das Recht der freien Uebergangung lassen wollen. „Eingeseift“ werden von ihren Führern allerdings tausende von sozialistischen Arbeitern, wenn ihnen vorgerebet wird, sie, die roten Führer, würden den Arbeitern die Lasten des arbeitenden Volkes abnehmen und sie dafür zu freien Menschen machen, wenn sie erst die politische Macht hätten. Man hört ja heute schon der guten Beispiele so viele, daß man nichts mehr davon merkt, daß unsere besten Schatzkammer anders die Arbeiter zu schänteren wissen, als sozialdemokratische Arbeitgeber auch. Sie und du kann man von Sozialisten hören: Christus war der erste Sozialdemokrat, weil er seine Zeitgenossen zur Nächstenliebe, zu edler Tat, zu allen guten Werken angeerbt hat. So, Christus hat aber selbst ein Leben auf dieser Welt geführt, das seinen Worten gleichkam.

Wenn sich unsere Genossen erst dazu bekehren wollten, auch in die Fußstapfen des großen Zimmermannsohnes von Nazareth (wie sie sagen) zu treten, dann wollen wir uns sofort im schönsten Einklang die Hände reichen. Es gibt eben auf Erden keine Gerechtigkeit, keine Freiheit, keine Brüderlichkeit ohne Gott. Ich weiß allerdings, daß eine solche Ausprägung vom Gegner nur mit Eohn aufgenommen wird — denn von Gott wollen sie absolut nichts wissen — aber das soll mich nicht abhalten, meine innerste Uebergangung erst recht auszusprechen. Es wäre nur zu wünschen, daß recht viele unserer Kollegen, die trotz ihrer christlichen Uebergangung dem Terrorismus der „secten“ (?) Kollegen weichen, dem roten Verbände angehören, endlich einsehen, daß sie hineingehören in den Christlich graphischen Verband.

U. Seblmayr-München.

### Zweierlei Moral.

Wie wenig Anlaß die sozial. Partei- und Gewerkschaftspresse hat, über den „bräutlichen Christ“, Gewerkschaftssekretär Engel zu moralisieren, geht aus einer Wotiz der „Rheinisch-Westfälischen Arbeitgeberzeitung No. 44 deutlich hervor. Da heißt es unter der Stichmarke „Zweierlei Moral“.

Vor einiger Zeit hatte eine Anzahl sozialdemokratischer Gewerkschaftsbeamter in Berlin eine gemeinsame Sitzung mit einer Anzahl Arbeitgebervertreter zum Abschluß eines Tarifvertrages abgehalten. Als nach Beendigung der Sitzung alles den Heimweg antrat, ließ, so berichten die „N. N. N.“, aus Versehen einer der Arbeitgebervertreter seine Aktenmappe liegen. Einer der Subalternbeamten ergriff die Mappe, ließ den Aktengehenden nach und fragte sie, ob sie vielleicht die Mappe vergessen hätten. „Ja, ich“, erwiderte einer der sozialdemokratischen Verbandsbeamten, nahm die Mappe an sich und ging seiner Wege. Der nächsten Morgen schickte er sie mit der Entschuldigung, daß er sich getrrt habe, an den Eigentümer zurück. In der folgenden gemeinschaftlichen Sitzung der Arbeiter- und Arbeitgebervertreter kam der Fall zur Sprache. Der sozialdemokratische Verbandsbeamte suchte sich durch Ausflüchte herauszureden, wurde aber durch den herbeigeeigneten Subalternbeamten Wigen gestraft. Die Arbeitgeber sagten dem Genossen direkt ins Gesicht, daß er den vertraulichen Inhalt der Aktenmappe während der Nacht habe abschreiben lassen. Außerdem wurde ein Beschluß herbeigeführt, wonach es die Arbeitgeber ablehnten, mit dem Manne weiter zu verkehren. Obgleich nun mehr als ein Jahr seit diesem Vorfall verstrichen ist, ist der Herr heute noch Berliner Vertreter seiner Gewerkschaft und hervorragendes Mitglied der sozialdemokratischen Partei.

„Man vergleiche hiermit die moralische Enttärkung der sozialdem. Presse, so schreibt mit Recht die „N. N. Westf. Arbeitgztg.“, wenn sie einem nichtsozialdem. Politiker einen Verstoß gegen die Regeln der strengsten Moral nachweisen zu können glaubt. So handhabt die Sozialdemokratie zweierlei Moralbegriffe: Der eine, der nur auf die eigenen Genossen angewandt wird, ist so weitherzig, daß sich nur höchst selten ein Genosse in seinen Maschen fangen kann. Um so strenger ist dafür der Maßstab der Moral, der an Nichtsozialdemokraten angelegt wird. Die sozialdemokratische Göttin der Gerechtigkeit hat keine Binde vor den Augen; sie sieht sich ihre Leute an, ehe sie urteilt.“

Wie wir nun nachträglich erfahren, handelt es sich um den Beamten Brug, des sozialdem. Buchhinderverbandes, der Vorsitzender der Berliner Schlichtungskommission ist. Die Mappe gehörte dem Generalsekretär des Arbeitgeberverbandes,

Masse. Der Fall ereignete sich, anlässlich der vorjährigen Verhandlungen der Buchbinder, Portefeutler und Sattler mit den Arbeitgebern des Buchbindergewerbes. Brüg trug die Wappe, deren Inhalt während der Nacht abgeschrieben worden war, am morgens selbst zurück und entschuldigte sich. Daß die Arbeitgeber mit einem solchen Führer, nur mit dem größten Widerwillen verhandeln, ist zu verstehen. Wenn also die Sozialdemokratie über unehrbare Führer sich ereifert, sei ihr das unbenommen, aber zunächst soll sie das bei ihren eigenen Angehörigen tun.

## Neutralität.

Die „freien“ Gewerkschaftsorgane, insbesondere die „Buchbinderzeitung“, gestalten sich immer mehr zu parteipolitischen Blättern. Mit Hurra verkünden sie sozialdemokratische Wahlsiege, fordern zur Wahl sozialdemokratischer Kandidaten auf und bezeichnen alle, die anders als sozialdemokratisch handeln und denken, als arbeiter-schädigend, als Arbeiterverräter. Wie eigene Mitglieder über die immer schärfer um sich greifende Neutralitätsverletzung denken, beweist folgender Brief, den ein Mitglied des sozialdemokratischen Buchbinderverbandes an sein Verbandsorgan, die Buchbinderzeitung, richtete.

Sie werden wenn Sie diese Zeilen gelesen haben, vielleicht mittelbig lächeln, meinestens, daß ich mir egal. Aber sagen möchte ich es Ihnen doch einmal, was ich manchmal denke beim Lesen des Organs des deutschen Buchbinderverbandes. Ich betone das ausdrücklich, „Organ des deutschen Buchbinderverbandes“, denn das ist schon lange nicht mehr das Organ eines Berufsverbandes, das ist bald eine Anarchistenzeitung. Wenn eine ausgesprochene sozialdemokratische Zeitung solche Artikel bringt, wie Sie sie bringen, ist das noch zu verzeihen, aber ein Organ eines Verbandes soll und darf solche Artikel einfach nicht bringen. Das ist einfach keine Art mehr, wie tendenziös ist Ihre Zeitung gestaltet! Wüßten viele Kollegen Ihre Gesinnung haben oder nicht, nach meinem Dafürhalten ist es Ihnen nicht gestattet, aus unserem Verbandsorgan eine sozialdemokratische Zeitung zu machen. Sagen Sie mal, glauben Sie denn im Ernste, man könnte eine Nummer, wie sie in letzter Zeit geschrieben sind, als Agitationsnummer einem jungen Kollegen geben? Was muß denn so ein junger Mensch von unserem Verbande denken, wenn er z. B. Ihre Artikel liest: „Maschinen-gewehre als Agitatoren“ oder aus der Hundschau: „Die Arbeiterzeitungen marschieren“. Glauben Sie ja nicht von mir, daß ich nicht ein sogenanntes Katholischer bin, oder vielleicht nicht politisch reif genug. Ich bin schon jahrelang Mitglied des Deutschen Buchbinderverbandes und überzeugter Anhänger der Organisation. Wo es mir möglich ist, arbeite ich für den Verband, ich schau, ihm neue Mitglieder zuzuführen, ich trachte darnach, menschenwürdige Zustände zu schaffen in Werkstätten, wo es nötig ist und habe schon manchmal meine Arbeit damit belohnt gesehen, daß man mich nachher rausgeschmissen hat. Dies sage ich Ihnen bloß, damit Sie sehen, daß Sie es nicht mit einem grünen Jungen zu tun haben, der in einer augenblicklichen nationalen Wallung Ihnen diese Zeilen schreibt. Nein, darum nicht diesen Brief. Schon zu oft habe ich mich geirrt über verschiedene Artikel, die einfach nicht in die Buchbinderzeitung hineingehören. Der Deutsche Buchbinderverband ist neutral; müssen wir unsere Gegner sagen. Lesen aber unsere Gegner die Zeitung, dann werden und können sie uns zurecht, das ist eine kluge, gute Zeitung beweist dies! Warum haben denn die Buchbinder eine neutrale Zeitung? Ich protestiere dagegen, daß unser Organ zu einer sozialdemokratischen Agitationszeitung benutzt wird! Aufklärung schadet nichts, aber sie darf nicht so einseitig sein, wie Sie es machen. Ich bin fest überzeugt, daß tausende von Buchbindergehilfen in meinem Sinne denken; wenn es auch vielleicht noch nicht viele gesagt haben. Es würde mich freuen, wenn Sie mir Ihre Meinung mitteilen würden.

Achtungsvoll  
H. R.

Die Redaktion der Buchbinderzeitung hat diesen Brief mit gut 2 1/2 Spalten umhüllt und ihr Verhalten zu rechtfertigen versucht und zwar nach dem Bedeutsamen Grundsatz: „Ich mache mich anheischig, ein Gewerkschaftsorgan das ganze Jahr hindurch so zu reblogieren, daß das Wort Sozialdemokratie überhaupt nicht fällt und die Leser doch Sozialdemokraten werden.“ (Nr. S. 245.)

Duwendlach haben wir der roten Buchbinderzeitung ihr enges Bündnis mit der sozialdemokratischen Partei nachgewiesen und wir können einen diesbezüglichen Widerspruch nur als Heuchelei charakterisieren. Jeder „freie“ Verbändler, der wirklich sein Organ liebt und die Versammlungen besucht, muß finden, daß er religiös und politisch, falls er nicht Sozialdemokrat ist, vergewaltigt wird. Wir glauben dem Briefschreiber in der Buchbinderzeitung vollkommen zu können, daß es vergebliche Liebesmühen ist, seinem Verband mehr Neutralität zu empfehlen. Die weiteren Ausführungen bezw. Entgegnungen in Nr. 48 der Buchbinder-

zeitung seitens des Briefschreibers bringen den Nachweis, daß die seinem Briefe beigelegte Umrahmung ihn nicht überzeugt, sondern er nach wie vor die politische Neutralität von seinem Verbandsorgan verlangt, trotzdem, wie er selbst zugibt, er keineswegs bürgerlich gefonnen ist!

Welcher Widerspruch muß aber erst bei demjenigen konstatiert werden, die der politischen Sozialdemokratie und Weltanschauung diametral gegenüberstehen und trotzdem durch ihre Mitgliedschaft die sozialdemokratische Organisation unterstützen und dadurch ihre höchsten Ideale verfechten.

Kollegen und Kolleginnen! Macht solche Kollegen auf den großen Widerspruch aufmerksam, zeigt ihnen, daß christliche Arbeiter wollen und auch ihre Interessen unter gleichzeitiger Hochhaltung ihrer teuersten Ideale vertreten können.

## Hundschau.

Der sozialdemokratische Buch- und Stein-druckereiarbeiterverband, der sich laut eines früheren Berichtes der Solidarität „den Teufel“ nicht um die religiösen Anschauungen seiner Mitglieder kümmern will, hat uns wieder einmal vom Gegenteil überzeugt.

Am Sonntag, den 21. Nov., nachm., fand im goldenen Löwen zu Köln von demselben eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Herr Dr. Erdmann, früherer Redakteur der sog. Rheinischen Zeitung in Köln über Wandlungen in der Weltanschauung referierte. Von dem Referat, das im großen und ganzen das enthielt, was man in den Freiheitsagitationsbüchern, sowie Versammlungen hört, nehmen wir nur einige Sätze heraus.

Den Glauben, ein allmächtiges Wesen habe die Welt erschaffen, erklärte der Herr für eine „recht furchtbare Vorstellung“. An die Stelle der Lehre von der Schöpferkraft sei die Entwicklungslehre getreten.

Aus einem Klumpchen Stoff hätten sich allmählich Pflanzen und Tiere entwickelt. Durch die Entwicklung vom einfacheren zum vollkommeneren sei allmählich die Natur in ihrer heutigen Vollkommenheit entstanden.

Nein wissenschaftlich gebildeter Mensch glaube heute mehr an den Schöpfungsbericht, sondern sehr mit Darwin die Entwicklungslehre als die allein richtige an.

Die Weltanschauung, welche sich aufbauend auf dem Glauben an einen allmächtigen Schöpfer, bezeichnete Herr Dr. Erdmann als die „mittelalterliche“, während die glaubenslose von ihm als „moderne“ Weltanschauung angesprochen wurde. Reiner schillerter sodann die Kämpfe zwischen den beiden Weltanschauungen und glaubte, seiner, der „modernen“ den entscheidenden Sieg vorherzusagen zu können. Vor allem sei nötig, daß auch dem Kinde in der Schule Aufklärung über „die“ Wissenschaft gegeben werde, damit schon das Kind sich sein Urteil bilden könne.

Geradezu heuchelhaft war die wiederholt gebrauchte Redewendung, daß er, Redner sich durchaus nicht auf das religiöse oder politische Gebiet begeben wolle, aber das und das müsse doch gesagt werden. Daß Herr Dr. Erdmann auf diese Art und Weise seine Angriffe auf die Religion und ihre nicht passende Politik demnach andrachte, braucht nicht besonders gesagt zu werden. Die Behauptungen aber, welche er in der Versammlung aufstellte, sind wohl schon hunderte Male treffend widerlegt worden. Uns interessiert es nur in der Hauptsache, daß eine „freie“ Gewerkschaft ihre Versammlung zum Zummelplatz solcher Freiheitsbestrebungen hergibt. Anstatt den Vätern gewerkschaftliche und soziale Schulung beizubringen, füttert man sie mit antireligiösen Brocken und hegt sie gegen die „besigende Klasse“.

Herr Dr. Erdmann scheint überhaupt keine „Aufklärungsarbeit“ systematisch zu betreiben, denn eine der letzten Nummern des Verbandsorgans des deutschen Buchdruckerverbandes berichtete von einer Versammlung in Eberfeld, in der Dr. Erdmann über das gleiche Thema sprach.

Bezüglich für die Aufklärtheit manches modernen Arbeiterführers war eine Bemerkung des Gauleiters des „freien“ Buchdruckerarbeitsverbandes. Er empfahl nämlich dem christlichen Konturreisverband in Zukunft nicht so oft die Unwahrscheinlichkeit zu sagen, sondern das vierte Gebot besser zu beachten. Einigen Anwesenden kam es allerdings etwas spanisch vor, daß die Christ. Gewerkschaften besonderen Aufforderung, Vater und Mutter zu ehren, teilhaftig wurde.

Für alle Arbeiter, die auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehen, ergibt sich aus dieser Versammlung wiederum die Lehre, daß sie niemals einer „freien“ Gewerkschaft angehören können. Das neutrale Mittelchen, das sich diese Verbände mehr oder minder umhängen, kann die Tatsache, daß in den „freien“ Gewerkschaften Winterarbeit gegen christlichen Glauben und Weltanschauung geleistet wird, nicht verdrängen.

Demgegenüber bieten die christlichen Gewerkschaften die beste Gewähr, daß einerseits die Standesinteressen in der richtigen Weise gewahrt andererseits aber auch die Mitglieder niemals in ihren religiösen und politischen Anschauungen verletzt werden.

Auf die Verkleinerungen christlicher Erfolge bei der Firma J. P. Wachen, die von dem Gauleiter im zweiten Teil verapft wurden, wollen wir nicht eingehen. Auf jeden Fall sind die bei uns organisierten Kollegen mit den Erfolgen zufrieden, bewegt sich doch deren Lohn nunmehr von 25,50 M. bis 27 M. pro Woche.

Auch können wir dem Herrn Gauleiter Krumpe geraten, daß wir schon, bevor er bei der Firma J. P. Wachen vorstella wurde, ein Schriftstück in Händen hätten, das auch eine Erhöhung der Löhne anderer Abteilungen garantierte.

**Schlagfertig Sozialdemokraten.** In Gmünd fand am 31. Oktober eine öffentliche Metallarbeiter-versammlung statt, einberufen vom christlichen Metallarbeiterverband. Den Sozialdemokraten war freie Rede in der Diskussion zugelassen. Der Bezirksleiter Ehrler aus Frankfurt am Main, vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband benutzte die Gelegenheit, um seinen „freien“ Metallarbeiterverband den Arbeitern anguppreien.

Er redete unter anderem: In der Welt gebe es nur Ausbeuter und Ausgebeutete. Die heutige Zeit verlange von den Gewerkschaften, daß sie Politik trieben.

Als die Versammlung vom Nachbarn geschlossen war, drängte Bezirksleiter Ehrler sich an das Rednerpult, um nach dem Schluß dieser vom christlichen Metallarbeiterverband einberufenen Versammlung weiter zu sprechen. Ein anderer Sozialdemokrat versuchte den christlichen Arbeitern die Stelle zu entreißen. Trotz dem Hinweis auf den Hausfriedensbruch, dessen sie sich schuldig machten, gaben sie nicht nach. Der Bezirksleiter Ehrler vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband schlug auf den christlichen Arbeiter Körner mit aller Wucht ein. Die sozialdemokratische Metallarbeiter-Zeitung verurteilt diese „Tat“ nicht im geringsten. Ehrler wird von ihr noch als Held gefeiert und die Zeitung brüht sich, er habe dem Arbeiter „eine fastige Ohrspeise heruntergehauen“. Soweit sind wir also schon gekommen. Die Wut gegen alles Christliche geht soweit, daß die Redaktion des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes keine Scham empfindet, ob solcher Gewalttaten ihrer Beamten. In dem Artikel heißt es zum Schluß: „Mit dieser Versammlung ist Gmünd um eine interessante Episode reicher geworden.“ Hier ist in größtem Maß die sozialdemokratische Moral gezeigt. Demgegenüber vergleiche man die Haltung der sozialdemokratischen Metallarbeiter-Zeitung gegen den Bezirksleiter Engel.

Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband, der Elemente wie Ehrler, noch stolz herausstreicht, hat das Recht verweigert, auch nur eine Silbe Kritik an unständigen Menschen zu üben.

Die christlichen Arbeiter sehen durch dieses Vorkommnis wieder, wie sehr oft die Beweisführung der Sozialdemokraten ausbleibt.

**Im Ruhrrevier** ist's unter den Bergleuten wieder mächtig am gären. Zahlreiche, äußerst stark besuchte Versammlungen legen Zeugnis von der Erbitterung der Bergarbeiter ab. Diesmal ist es der von den Bergherren geplante Zentral-Zwangsarbeitsnachweis, der das Blut der Bergleute in Wallung bringt. Nachdem die Bergleute jahrelang sog. schwarze Listen über mißliebige Arbeiter ausgetauscht haben und diese Methode verschiedentlich zu einer scharfen Verurteilung führte, glaubt man das Ziel in der gleichen oder einer noch besseren Weise erreichen zu können, durch einen sich über das ganze Ruhrrevier ausdehnenden Arbeitsnachweis, ohne dessen Benutzung kein Bergarbeiter eingestellt werden soll. Wird der Plan der Bergherren durchgeführt, so bedeutet das eine außerordentliche Verletzung ihrer Macht. Auf Gnade und Ungnade werden dann die Bergarbeiter den Grubenbesitzern ausgeliefert. Der Maßregelung sind Tür und Tor geöffnet, die Freizügigkeit wird unterbunden, das Sklaventum wird in veränderter Form bei den Bergarbeitern wieder zur Einführung gebracht. Noch viel mehr müßten sich die Bergarbeiter gegen derartige Bestrebungen wehren. Doch die Not wird sie schon dazu zwingen. Weirats haben sich die Bergleute der verschiedenen Bergarbeiterorganisationen auf Anregung des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter geeinigt und sie sind mit mehreren Eingaben an die maßgebenden Instanzen herantreten. Sessentlich nicht ohne Erfolg. Die Sympathie der weitaus meisten Kreise sehr auf Seiten der Bergarbeiter. Wüßten letztere nur Mann für Mann aus den Vorgängen die Lehre ziehen, wie notwendig gerade für sie eine starke Organisation ist.

**Wahlerfolge.** Die christliche Arbeiterchaft hat in letzter Zeit einige nennenswerte Wahlerfolge erzielt. Sie erzielte die Wahl ihrer Kandidaten bei der Ortsratswahl in St. Johann-Saarbrücken, sowie in Essen bei den Wahlen zur Bau-Innung, und Wasser-Innungs-Kantonalen. Alle drei Klassen waren bisher in den Händen der Sozialdemokraten.

**Christliche Tagelöhne im Saarländischen Saachen.** Auf Grund eines Vortrages des Bezirksleiters Max Hentsch-Leipzig im Ortsrat Leipzig der christlichen Gewerkschaften wurde am 10. September 1909 eine Eingabe an die Leipziger Kreisbaupolizeiabteilung abgeschickt. Von Seiten des Bezirks-Sekretariats Leipzig des christl. nat. Staats-, Gemein-, Verkehrs-, Hilfs- und sonstiger Industriearbeiter Deutschlands (Sitz in Schaffenburg) wurden am gleichen Tage Eingaben an die übrigen Kreisbaupolizeibehörden abgeschickt. In diesen Eingaben wurde der Nachweis erbracht, daß eine Erhöhung der ortsüblichen Tagelöhne in allen Gemeinden eine dringende Notwendigkeit ist. Recht sonderbar wirkt die Antwort der Kreisbaupolizeiabteilung Saachen, worin mitgeteilt wird, daß von keiner anderen Seite eine gleiche Eingabe eingegangen ist. Da muß man sich eigentlich fragen, wo bleiben denn die Arbeiterverbände mit den großen Beamtenstößen? Keine andere Frage hängt so mit den Wirtschaftsfragen zusammen wie „ortsübliche“ Tagelöhne. Da es eine unbedingte Notwendigkeit ist, daß eine Erhöhung in ganz Saachen eintreten muß, so wird am 28. November eine ausführliche Eingabe vom Kreisverband und Bezirksleiter obengenannten Verbandes an das Ministerium des Innern in Dresden abgeschickt. Es ist jedenfalls anzuerkennen, daß es die christlichen Gewerkschaften waren, welche in dieser Frage die Arbeiter geleitet haben.

**Wer will eine Kranke kaufen?** So viel schon über unselige Krankenlisten geschrieben worden ist und so oft schon vor ihnen gewarnt wurde, es zeigen sich doch immer wieder Erscheinungen auf diesem Gebiet, die zeigen, daß hier die Befreiung von Änderungen treffen muß. Das neueste ist, daß im Annoncenteil einer großen süddeutschen Tageszeitung unter einer Überschrift eine Krankenliste zu verkaufen gesucht wird und zwar für den Preis von 6000 M. Nach den gemachten

Angaben soll die Krankenkasse jährlich einen Zuwachs von 18000 Mitgliedern haben und dem Direktor ein Reineinkommen von 12000 bis 15000 Mark sichern. Deutlicher kann es gar nicht gesagt werden, daß viele der privaten Krankenkassen nur eine Einrichtung für schlaue Eselantanten sind.

## Soziale Rechtsprechung.

**Ist der erkrankte Handlungsgehilfe verpflichtet, sich zu rufen lassen?** Ein seit mehreren Tagen erkrankter Handlungsgehilfe, der es unterlassen hatte, sich bei dem Prinzipal zu entschuldigen, wurde ohne Einhaltung der Kündigungsfrist entlassen. Er wendete sich nun an das Kaufmannsgericht und erstritt ein ablegendes Urteil, daß aber vom Landgericht Gemüth wieder aufgehoben wurde. Das Berufungsgericht erachtete im Gegenzug zum Kaufmannsgericht die sofortige Entlassung für gerechtfertigt und zwar aus folgenden Gründen: Es braucht nicht untersucht zu werden, ob der Kläger tatsächlich ein- oder mehrmals die Abfertigung hat, in das Geschäft zu gehen, und dort von seiner Krankheit und Arbeitsunfähigkeit Mitteilung zu machen, an der Ausführung dieser Abfertigung aber durch plötzliche Verschlimmerung seines Unwohlseins gehindert worden ist. Ebenfalls nicht braucht geprüft zu werden, ob das Fehlen des Klägers mehr oder minder große Schwierigkeiten im Geschäft verursacht. Auf jeden Fall erfordert es der einfachste Anstand und die Rücksicht auf den Beklagten, daß der Kläger sein Wegbleiben entschuldigt. Das schriftlich oder durch einen Boten zu tun, war er nach der Sachlage und der Natur seines Lebens sehr wohl imstande, wie er auch selbst nicht bestritt. Das Unterlassen jeder Mitteilung über den Grund des Ausbleibens bis in den dritten Tag hinein, enthält bei diesen Umständen die Betätigung einer so großen Respektlosigkeit des Angestellten dem Prinzipale gegenüber, daß es diesem nicht zugemutet werden kann, das Dienstverhältnis fortzusetzen.

Nachdruck verboten.

## Bekanntmachungen des Zentral-Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 49. Wochenbeitrag fällig.

Der heutigen Sendung liegt ein vom Gesamtverband herausgegebenes Flugblatt bei. Wir ersuchen um zweckmäßige Verbreitung.

Das Jahrbuch pro 1910 ist soeben erschienen und ist die Anschaffung desselben zum Preise von 50 Pfg. allen Kollegen und Kolleginnen zu empfehlen.

Den Zahlstellen empfehlen wir ferner die Klassen erscheinende soeben erschienene Broschüre „Aus der Geheimpraxis eines Unternehmer-Arbeitsnachweises Preis 20 Pfg., Buchhandlungsausgabe 50.“

Der Zentralvorstand

J. A. Hornbach.

Bei der Zentralkasse gingen bis zum 30. November Abschreibungen und Gelder nach ein: Breisach, Heilbronn, Stuttgart, Stogheim, Düsseldorf, Hamburg und M.-Gladbach.

Peter Hupperts,  
Zentralkassierer.

## Aus den Zahlstellen.

**Crefeld.** Die vierte Woche steht nunmehr die Buchbinder- und Kartonagenarbeiterschaft im Kampfe. Alle Anforderungen der Arbeitgeber fremde Arbeitskräfte heranzuziehen, zerschellen an der Solidarität der Berufs-kollegen. Die Wenigen, die teilweise aus Unkenntnis den Weg nach Crefeld fanden, haben nach Aufklärung ihr Domizil wieder verlassen.

Die in Crefeld von alther eingeführte Methode des Nachaufbegehrens der Arbeitswilligen hat sich sehr gut bewährt. Nämlich nach Geschäftsschluss sammeln sich größere Massen, darunter auch Arbeiter anderer Branchen diese geben den Arbeitswilligen ruhig nachfolgend das Geleit. Alles, was dann auf der Straße geht und steht, weiß dann, welche „hohe Ehre“ die Vorausgehenden genießen. Oefters kühlte sie in ein beliebiges Haus, um sich vor solcher „Wörung“ zu schützen. Nachdem die Arbeitgeber in letzterer Zeit immer mehr Polizei requirierten war dies im härteren Lufte nicht mehr möglich.

Nachdem ferner zugezogene Arbeitswillige nicht lange hand hielten, soll ein Arbeitgeber sogar dazu übergegangen sein, am Betriebsbeginn ein Plakat mit dem Inhalt anzuhängen: „Arbeitsnachende haben keinen Zutritt.“

In einer kürzeren Tageszeitung wurden durch eine Chiffre-Annonce 20 Kartonagenarbeiter gesucht. Eine dort vorgenommene Kontrolle ergab, daß ein dortiger Arbeiter als Streikbrecheragent für nach Crefeld fungierte. Dieser Streikbrecherdienst dürfte diesem Geschäftsmann keine Vorteile gebracht haben, zumal man durch einen in diesen ungesetzlichen Handlungen unter der Arbeiterschaft für Aufklärung sorgte.

Am Freitag, den 29. November, also anfangs der vierten Streikwoche, hat schließlich die Prinzipalorganisation Gelegenheit zu Verhandlungen gegeben. Die 6 1/2 Stunden wählende Verhandlung hat wohl teilweise Zugeständnisse seitens der Arbeitgeber gezeigt, die sich in ihren Hauptpunkten in Folgendem ergeben. Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit um eine halbe Stunde pro Woche und da, wo eine kürzerer Arbeitszeit bisher war, soll diese bestehen bleiben. Wiederholt soll, falls sich das Personal einer jeweiligen Firma bereit erklärt, gestattet sein.

Die Minimallöhne der Gehilfen sollen in den ersten drei Positionen bestehen bleiben, in den weiteren um je eine Mark erhöht und schließlich eine weitere Position eingefügt werden, sodas im nächsten Jahre nach der Lehre 25 Mk. zum Ausdruck kämen, statt bisher im höchsten Höchstminimallohn 23 Mk.

Für Hilfsarbeiter wurde ebenfalls eine Netto-Erhöhung gut geheißen, doch für Arbeiterinnen wurde nichts bestimmtes garantiert, sondern hier sollen die Anträge der Lohnkommission erst nochmals der Arbeitgeberorganisation unterbreitet werden. Die Tarifdauer soll 4 Jahre währen und statt November-Ende Dezember enden.

Auch soll durch einen im Tarif ausgesprochenen Passus, 2 Monate vor Ablauf des Tarifs, die Verhandlung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer garantiert werden.

Am Dienstag, den 30. Nov. abends, nahmen die Streikenden zu dem Angebot Stellung und zu gleicher Zeit hatten auch die Arbeitgeber zu gleichen Zwecken eine Versammlung arrangiert.

Teilweise sehr unvorsichtig bewegte sich die Diskussion und es wurde schließlich eine Resolution einstimmig angenommen, die das Angebot der Arbeitgeber als sehr wenig befriedigend ausdriickt und der Tarifkommission empfiehlt, alles aufzugeben, um bessere Zugeständnisse in den einzelnen Punkten zu erzielen.

Mittwoch, den 1. Dezember, findet nochmals Verhandlung mit den Arbeitgebern statt und es wird sich am Donnerstag, den 2. Dez., entscheiden, ob der Streik wiederkehrt oder zur Erzielung besserer Zugeständnisse weiter gelämpft werden muß.

**Düsseldorf.** Nach einer längeren Pause, nimmt heute die Ortsgruppe Düsseldorf wieder einmal die Spalten der „Graphischen Stimmen“ in Anspruch. Unsere letzte Mitgliederversammlung fand am Freitag, 26. Nov. statt. Als Redner war unser geschätzter Bezirksleiter, Kollege Steinbauer aus Neuß erschienen. Nach Erledigung der geschäftlichen Mitteilungen erhielt Kollege Steinbauer das Wort. Er vertrat sich über die Entwicklung unseres Verbandes, speziell hervorhebend die Lohnbewegung der Buchbinder in Arefeld. Redner konstatiert, daß unser Verband trotz aller Bemühnisse gewachsen sei, besonders hob er die einzelnen Unterstützungsleistungen usw. hervor. Die Leistungen der Organisation seien allseitig gestellt, weshalb man auch von den Kollegen treue Pflichterfüllung erwarte. Es sei zu bedauern, daß fortwährend einige Kollegen die Versammlungen schwänzen, er empfiehlt mehr Zählung mit den Kollegen, denn gerade die Versammlungen und das Verbandsorgan seien es, durch welche wir uns schulen könnten. Ein regelmäßiger und pünktlicher Versammlungsbefuch, sowie eine rege Beteiligung an der Agitation sei unbedingt notwendig. Besonders in der heutigen Zeit müsse jeder auf seinem Posten, zumal auch in Düsseldorf noch viele Kollegen außerhalb der Organisation stehen. Wenn unsere Organisation in ihrer Entwicklung auch vielfach gehemmt würde, so dürfe und dieses nicht nutzlos machen. Im Gegenteil, je mehr wir angehebt, desto fester müssen wir zusammenstehen, agieren und arbeiten für die Interessen und Rechte des Verbandes. Kollege Heiden dankte dem Referenten und kam als folgender Punkt das vom Kartell eingegangene Scheiden, bezw. Aufstellung eines Winterprogramms zur Sprache. Man war allgemein der Ansicht, daß dieses mit Freunden zu berathen sei, namentlich in den kleineren Zahlstellen, zumal zeitgemäße Themen und gute Redner vorgezogen sind. Es wurde beschlossen über diese Frage, wie auch über den Antrag des Kollegen Koch, Beschaffung einer Druckerkassette in der nächsten Mitgliederversammlung, welche am Mittwoch, 8. Dezember stattfindet, positiv Beschluß zu fassen. Drum auf Kollegen, es fehle keiner, alle Mann zur Stelle.

K.

**Neuß a. Rh.** Die Zahlstelle Neuß, unseres Verbandes hat seit langer Zeit nichts mehr in den „Graph. Stimmen“ von sich hören lassen. Durch die Schlafmüdigkeit der dortigen, für unsern Verband in Frage kommenden Arbeiterschaft, war es möglich, daß unsere Zahlstelle bis auf wenige Mann zusammenkam. Die Zahlstellen unserer Zahlstelle sind dann auch in dieser Zeit, wo man eine Organisation nicht notwendig hatte, verloren gegangen, man klagt jetzt über lange Arbeitszeit, targa Lohn und über schlechte Behandlungsweise, möge dieses den betr. Kollegen den Weg zur Organisation zeigen. Ohne Organisation ist keine dauerhafte Verbesserung möglich, denn, sobald die betr. Arbeiterschaft weiß, daß man seiner Organisation mehr angehört, dann sorgen sie fast immer für Einführung der alten betagteren Verhältnisse. Ein Zeichen, daß man auch in der Zeit wo man nicht in Lohnbewegung steht, treu zur Organisation stehen muß, den Nutzen haben die Kollegen. Die Kollegen, die in unseren Gewerben beschäftigt sind, haben ja hier in Neuß einen solchen Lohn daß die Kollegen, die verheiratet sind, um ihre Familie existenzfähig zu halten, auf die Mitarbeit der Ehefrau in der Heimarbeit angewiesen sind, denn Löhne von 10, 20 bis 50 Pfg. über den arbeitsüblichen Tagelohn von 3.00 Mk. hind gang und gebe, dann eine Arbeitszeit von 10, 11 und 12 Stunden, sodas an eine Weiterleitung der Arbeiter seitens des Arbeitgebers nicht zu denken ist.

Die Kollegen und Kolleginnen in der Kartonagen-Industrie haben nun den Mut, der an sie so oft ergangen ist: „Arbeiter organisiert euch“, in die Tat umgesetzt und sind fast ohne Ausnahme dem Verband beigetreten, das oben gesagte, trifft auch fast ohne Ausnahme auf diese Kollegenchaft zu. Böhne für erwachsene männliche Arbeiter von Mk. 2.80 täglich bis zu Mk. 25 Wochenlohn im best zahlenden Geschäft, sind an der Tagesordnung. Ja in einem Geschäft ist es möglich, daß man den minderjährigen Arbeitern im Sommer, in geschäftlicher Zeit mal vier, fünf oder sechs Mk. die Woche auszahlt, grade wie es sich paßt und macht. Kollegen und Kolleginnen, soll es gedankt, soll es gebessert werden, dann trenn zur Fahne gehalten und mitgearbeitet, wenn der Ruf ertönt, besonders als Vertrauensmann und alle Angehörige die Versammlung besucht, damit wir uns

schulen können. Mit dem Beiraggehen ist es nicht genug, wir müssen lernen, einem jeden, Freund oder Feind, Rede und Antwort zu geben, in Fragen, die die Organisation betreffen. — Es kann und auch nicht gleich sein, ob die Arbeitgeber auf unsere Kosten Schmuckkonturrenz treiben, denn, wenn man in einem Geschäft für eine Arbeit Mk. 2.40 beanspruchen muß und ein anderes Geschäft, infolge geringeren Arbeitslöhnen nur die Hälfte verlangt für erstere Forderung, dann ist dieses Schmuckkonturrenz. In der letzten Zeit gerade, ist man in dieser Branche, nach Aussage von Herren, die es wissen müssen, dahin gelangt, daß Arbeit für die Hälfte des Betrages, den sie vor Jahren bezahlten mußten, heute für die Hälfte gemacht bekommen. Also Schmuckkonturrenz auf Kosten der Arbeiter. Jedoch über dieses alles nachstens mehr, Material ist genug vorhanden.

Kollegen und Kolleginnen, sollen für uns bald bessere Zustände kommen, dann müssen wir treu zusammenstehen, hinein mit dem letzten Mann in die Organisation und gearbeitet im Sinne des Wahlspruchs: „Alle für Einen und Einer für Alle.“ St.

## Versammlungskalender.

Versammlungen finden statt:

- Aachen.** Jeden 2. Samstag im Monat im Lokale Blum-Anfang punkt 9 Uhr.
- Augsburg.** Samstag, den 11. Dez. im Gasthaus zur Pelikan, Kauterlech.
- Barmen.** Jeden 4. Samstag im Monat, im Restaurant Daniels, Schuchardtstr. 23.
- Berlin.** Montag, den 6. Dez., punkt 8 1/2 Uhr abends im Vereinshaus Rosenstr. 62.
- Bielefeld.** Donnerstag, 9. Dez., bei Debour, Herfordstraße 84.
- Bonn.** Montag, den 20. Dez., abends 7 1/2 Uhr im Restaurant Langen, Clemens-Auguststr. 6.
- Donaueschingen.** Jeden 1. Samstag im Monat im Vereinslokal Karl Wagner, Scharfes G.
- Dülmen i. B.** Alle 4 Wochen Sonntagsmorgens 11 Uhr bei Mloys Schmitz, 8. Dez. nachm. 4 Uhr Bezirkskonferenz.
- Düsseldorf.** Mittwoch, den 8. Dez., abends 8 1/2 Uhr im St. Paulushaus, Luisenstr. 38—35.
- Erfeld.** Jeden 2. Samstag im Monat. Abends 8 1/2 Uhr allgem. Bildungsberein, Luisenstraße 45.
- Essen.** Jeden 1. Dienstag im Monat im Alfreudhaus.
- Frankfurt.** Jeden 1. Dienstag im Monat. Versammlungslokal: „Goldene Hande“.
- Freiburg.** Im Verkehrslokal der Christl. Gewerkschaften, Trauerlei Garter, Schiffstraße, alle 14 Tage nach Erscheinen der Zeitung.
- Freising.** Jeden letzten Samstag im Monat im Gasthaus zum Biegelwirt.
- Geuzobach (Schwarzwald).** Jeden ersten Sonntag im Monat, vorm. 1/2 11 Uhr im Verbandslokal (Peter).
- Gegen.** Samstag, den 11. Dez., abends 8 1/2 Uhr im Lokale „Welter“, Hochstr. 72.
- Hamburg.** Alle 14 Tage Sonntags Restauration Wolf, Herrensgraben 2.
- Hofmannsdorf.** Jeden ersten Sonntag im Monat nachm. 3 Uhr bei Gohrwitz Höfgen in Wöllum.
- Köln.** Samstag, den 4. Dez., Versammlung, mit Vortrag.
- Krampfen, Alldorf.** Samstag, 4. Dez. im Gasthaus zur Krone Alldorf. Letzte Mitgliederversammlung des Jahres 1908.
- Leudersdorf.** Jeden 3. Sonntag im Monat abwechselnd in Kreuzen und Leudersdorf.
- Minden.** Dienstag, 7. Dez., i. Jägergarten, Jägerstr. 5. Versammlung mit Vortrag. Außerdem höchst wichtige Tagesordnung. Vollständiges Erscheinen Bedingung. Beginn punkt 8 1/2 Uhr.
- Münster i. B.** Jeden 2. und 4. Samstag im Monat bei Th. Welfenrüter, Königstr. Anf. 9 Uhr. Donnerstags, den 8. Dezbr. Vortrag des Zentralvorstehenden Hornbach.
- Münsterberg.** Jeden 3. Samstag im Monat.
- Nabernberg.** Samstag, den 9. Dez., nachm. 8 Uhr in der Domschenke (Mues). Vortrag des Zentralvorstehenden Hornbach.
- Negensburg.** Jeden 2. Samstag im Monat in der Jaldinschenke.
- Stuttgart.** Jeden zweiten Mittwoch im Monat abends 8 1/2 Uhr im evg. Handwerkerhaus, Gerberstr. 2.
- Strasbourg.** Jeden letzten Samstag im Monat.
- Würgburg.** Samstag, den 11. Dez.

Eine Buchdruckerei und Anstalt für einen tüchtigen Chemigrappen.

der in der Lage ist, eventl. auch photographische Aufnahmen zu machen. Offerten unter A. L. 462 an die Expedition der Graph. Stimmen.

**Buchbinderei-Vertriebsstelle,** mit sämtlichen Hilfsmaschinen bewandert, per 1. Januar gesucht. Offerten mit Gehaltsansprüchen unter C. D. 357 an die Expedition der Graph. Stimmen, Köln, Palmstr. 14.

**Genossenschaftliche Bürsten-Fabrik** in **Hamburg (Pfalz).**

Billigste und vortheilhafteste Bezugsquelle für alle Sorten

**Bürstenwaren**

für den Haushalt und industrielle Betriebe. Lieferungen nach eingehenden Mustern prompt und billig. Musterkollektionen auf gefälligen Wunsch gerne zu Diensten.

Verantwortlich: H. Hornbach-Köln, Palmstraße 14.  
Druck: Schier & Co., Köln-Ghrenfeld.